



Europa N.E.U. denken:

IEM fordert subsidiäre, solidarische und bundesstaatliche EU-Strukturen

Das IEM als pro-europäischer Think-tank fordert von den verantwortlichen Regierungen eine umfassende Reform im Sinne einer subsidiären und an humanistischen Werten orientierten Staatengemeinschaft. Die innere und äußere Sicherheit in einer Staatengemeinschaft ist für freiheitlich-humanistische Bürger eine unabdingbare Voraussetzung für Frieden und Wohlstand. Migration muss wirksam und mit europäischer Solidarität gemeinsam geregelt werden. Der Nutzen der gemeinsamen Währung, wenn Schulden anderer Regierungen übernommen werden und die eigenen Ersparnisse keinen Zinsen mehr bringen, wird von einem großen Teil der Bürger verstehen den Sinn eines freiheitlichen und rechtsstaatlichen Europa in den derzeitigen Strukturen nicht mehr.

In diesem Sinne fordert das IEM die europäischen Regierungen und die neu gewählte Bundesregierung auf, ohne Verzug darauf hinzuwirken,

- **die EU jetzt reformiert wird** – wie Guy Verhofstadt am 6.6.2017 sagte: „Statt (?) der EU-Kommission braucht es eine hauptamtliche EU-Regierung, einen die Mitgliedsstaaten repräsentierenden Senat und ein direkt gewähltes Parlament, eine Vertragsänderung hin zu einer subsidiären Verfassung und mehr Mut zum Wandel.

Mehr europäische Staatlichkeit:

- die EU weiterentwickelt wird zu einem subsidiären, föderalen und marktwirtschaftlichen Staatsgebiet mit dem Ziel einer Union des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands für alle Bürger der EU, ob jung oder alt, ohne Diskriminierung von Religion, Geschlecht, Rasse oder Herkunft und mit sozialen Hilfen für die Schwächsten.

Solidarisch und konsequent mit Migranten umgehen:

- die EU-Außengrenzen verstärkt und die angrenzenden Küsten- und Grenzschutz (Frontex) unterstützt werden. An den Außengrenzen der EU sind Aufnahmekapazitäten zur EU-weiten elektronischen Registrierung und Entscheidung über Anerkennung oder Abschiebung von Migranten einzurichten.
- die anerkannten Migranten sind solidarisch in ganz Europa aufzunehmen.
- mit den der EU angrenzenden Staaten ein intensiver Dialog über die Verhinderung von Schleppern, illegalen Grenzübertritten und Rückführungen geführt wird mit dem Ziel funktionierender vertraglicher Vereinbarungen.
- der Vollzug des bestehenden Rechts der Anerkennung oder Abschiebung von Migranten innerhalb von sechs Monaten Unions-übergreifend durchgeführt wird. Nach einer erstinstanzlichen Entscheidung ist spätestens nach 3 drei Monaten die Abschiebung nicht anerkannter Migranten zu vollziehen.

Afrika

- Alle Männer und Frauen in Afrika sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Das umfasst u.a. das Recht auf Familienplanung. Auch eine bessere Ausbildung und die Förderung der Selbstständigkeit von KMU's durch Mikrofinanzierung gehören dazu.
- Die Wirtschaft in Afrika und Europa sollten noch vorhandene Kolonialstrukturen beseitigen und offene, faire Freihandelsmöglichkeiten weiter ausbauen.
- Bei dem Aufbau gesicherter staatlicher Strukturen ohne Korruption und zum Wohle der Menschen soll die EU einen wesentlichen Beitrag leisten.

Gemeinsame Verteidigung:

- die interne Bedrohung durch europafeindliche, nationalistische und populistische Kräfte systematisch, aktiv und gemeinsam in allen EU-Ländern bekämpft wird.
- die externen Bedrohungen der EU mit gemeinsamen militärischen Einheiten, Beschaffungen und Strategien sowie erhöhten Verteidigungsanstrengungen abgewehrt werden.

Euro-System sanieren:

- das europäische Währungssystem nicht zu einem Nord-Süd-Transfersystem umfunktioniert wird, überzogene Haushaltsdefizite und Überschuldungen effektiv gerichtlich verhindert und die Bankenregulierung transparent weitergeführt werden.

Fairness bei Steuern:

- die Verluste durch Steuerverschiebungen und –hinterziehungen in der EU (ca. 1 Bil € pro Jahr) verhindert werden, denn die Hauptleidtragenden sind die Konsumenten, Steuerzahler, Bürger und Arbeitnehmer.

- Jeder – insbesondere große globale Unternehmen - ihren angemessenen Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und Bildung leisten müssen.
- Der Tätigkeits- und Umsatzschwerpunkt sollte für das Entstehen einer Steuerschuld ausschlaggebend sein, d.h. internationale Steuerschlupflöcher, Steuerparadiese und marktverzerrende staatliche Subventionen sind wettbewerbsbehindernde Beihilfen und als solche zu bekämpfen.

eine transparente europäische Öffentlichkeit schaffen:

- dem schwindenden Vertrauen der europäischen Bevölkerung in die politischen Eliten und den Zusammenhalt der EU mit aktiven Maßnahmen und positiver europäischer Öffentlichkeitsarbeit begegnet wird.